

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine,
Werner Dreibus, Petra Pau und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/845 –**

Gegen die Schließung von 45 Standorten bei der Deutsche Telekom AG

A. Problem

Die antragstellende Fraktion weist darauf hin, dass die Konzernführung der Deutsche Telekom AG die Streichung von 32 000 Arbeitsplätzen angekündigt hat. Allein bei der T-Com sollen bundesweit 45 Call-Center-Standorte geschlossen werden. Betroffen von den Standortschließungen wären insgesamt rund 3 300 Beschäftigte.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/845

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/845.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 16/845 – abzulehnen.

Berlin, den 31. Mai 2006

Der Haushaltsausschuss

Otto Fricke
Vorsitzender

Waltraud Lehn
Berichterstatterin

Hans-Joachim Fuchtel
Berichterstatter

Dr. Claudia Winterstein
Berichterstatterin

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Anja Hajduk
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Waltraud Lehn, Hans-Joachim Fuchtel, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Gesine Löttsch und Anja Hajduk

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 32. Sitzung am 6. April 2006 den Antrag auf **Drucksache 16/845** – Gegen die Schließung von 45 Standorten bei der Deutsche Telekom AG – zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Bundesregierung auf, als – nach der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe – zweitgrößter Einzelaktionär der Deutsche Telekom AG darauf hinzuwirken, dass die Konzernführung der Deutsche Telekom AG und der Bereichsvorstand der T-Com ihre Entscheidung über die Schließung der 45 Call-Center-Standorte zurücknehmen sowie ihre Strategie, öffentliche Unternehmen weiter zu privatisieren und damit von ihrem öffentlichen Auftrag zu befreien, zu revidieren und wieder verstärkt durch öffentliche Unternehmen und Investitionen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und Integration insbesondere strukturschwacher Gebiete zu fördern.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/845 – in seiner 21. Sitzung am 31. Mai 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/845 – in seiner 13. Sitzung am 31. Mai 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/845 – in seiner 20. Sitzung am 31. Mai 2006 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/845 – abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. gefasst.

Berlin, den 31. Mai 2006

Waltraud Lehn
Berichterstatlerin

Hans-Joachim Fuchtel
Berichterstatler

Dr. Claudia Winterstein
Berichterstatlerin

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatlerin

Anja Hajduk
Berichterstatlerin

